



Regierungsratsbeschluss vom 19. Dezember 2017

Umsetzung neues Gerichtsorganisationsgesetz (GOG)

P161025

1. Die Verordnung über die Gerichtsgebühren vom 4. März 1975 (SG 154.810) wird aufgehoben.
2. Die Änderung der Verordnung zum Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über internationale Kindesentführung und die Haager Übereinkommen zum Schutz von Kindern und Erwachsenen (VO HAKES) vom 26. Januar 2010 (SG 212.860) wird genehmigt.
3. Die Aufhebung und die Änderung gemäss Ziffern 1 und 2 treten am 1. Januar 2018 in Kraft.

Begründung

Der Gerichtsrat hat ein Reglement über die Gerichtsgebühren erlassen, das am 1. Januar 2018 in Kraft tritt. Aus diesem Grund hebt der Regierungsrat die Verordnung über die Gerichtsgebühren vom 4. März 1975 auf gleichen Zeitpunkt hin auf.

